



Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen in der Kinder- und Jugendhilfe (BUNDI)¹

Positionspapier

Wir brauchen eine Politik, die sich was traut!

Es braucht auch in Coronazeiten endlich eine jugendgerechte Politik!

Das Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe (BUNDI) fordert dazu auf, die Rechte von jungen Menschen in der Corona Pandemie zu achten und umzusetzen.

1. Solidarität ist keine Einbahnstraße – lasst euch impfen!

Wir Kinder und Jugendliche müssen seit Beginn der Pandemie auf vieles verzichten, was unser Leben ausmacht und zur Entwicklung von jungen Menschen dazu gehört. Wir durften keine Freund*innen mehr treffen, nicht mehr in Sportvereinen aktiv sein oder andere Freizeiteinrichtungen besuchen und auch die Schule wurde zu gemacht. Das haben wir alles mitgemacht, da die Kontaktbeschränkung das einzige Mittel war, um die Ausbreitung des Corona Virus einzudämmen und somit vor allem ältere Menschen zu schützen. Wir Kinder und Jugendlichen wurden aber in den Maßnahmen vergessen und nur nach öffentlichen Protesten etwas berücksichtigt. Der Druck, der auf uns ausgeübt wurde, war und ist sehr groß. Wir sind viele Opfer eingegangen, doch statt das zu würdigen, wurden wir zu Unrecht als unsolidarisch und partyversessen diskriminiert.

Wir Kinder und Jugendliche waren solidarisch mit den Erwachsenen und Senior*innen, doch die Erwachsenen sind es nicht wirklich mit uns jungen Menschen. Die Pandemie kann, so die Expert*innen, durch Impfungen eingedämmt werden und damit auch die Kontaktbegrenzungen und Maßnahmen, die uns junge Menschen stark treffen. Dass es noch immer viele Ungeimpfte gibt, ist auch unsolidarisch uns Kindern und Jugendlichen gegenüber!

Wir fordern:

- Die Politik muss entscheidungsfreudiger werden, einheitliche Coronaregeln verabschieden und auch umsetzen.
- Nehmt Druck von uns und diskriminiert uns nicht pauschal als partyversessene Jugend.
- Erkennt unsere Solidarität den Älteren gegenüber und die Opfer, die wir erbracht haben, um Corona zu begrenzen, endlich an.

¹ Mitglied des Bundesnetzwerks sind aktuell die fünf bestehenden Landesweiten Selbstvertretungen: Landesheimrat Bayern, Kinder- und Jugendhilfe Landesrat Brandenburg, Landesheimrat Hessen, Jugend vertritt Jugend aus Nordrhein-Westfalen und Landesjugendhilferat Rheinland-Pfalz.

2. Die Politiker*innen und die Öffentlichkeit haben uns junge Menschen in der Pandemie vergessen und uns zu viel zugemutet.

In der öffentlichen Debatte waren wir junge Menschen gerade zu Beginn der Pandemie gar nicht präsent. Niemand hat in den Nachrichten und Talkshows über uns und Corona gesprochen auch nicht Politiker*innen. Das hat sich auch in der Politik und den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie widerspiegelt. Junge Menschen waren von den beschlossenen Maßnahmen besonders betroffen, sogar unser Recht auf Bildung wurde massiv eingeschränkt. Kinder und Jugendliche, die in Wohngruppen leben, waren noch einmal stärker betroffen. Nicht nur die Schule, Vereine und öffentliche Plätze wurden zeitweise geschlossen, sondern auch in den Wohngruppen wurden Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung getroffen. Die Auswirkungen auf unser gesamtes Leben waren sehr groß, beteiligt wurden wir junge Menschen aber nicht.

Die Pandemie hat nicht nur offengelegt, dass wir Kinder und Jugendliche zur Lösungsfindung in Krisensituationen zu Unrecht nicht einbezogen wurden, sondern auch, dass es viele Baustellen in der Kinder- und Jugendhilfe gibt.

Wir fordern:

- Unser Recht auf Bildung muss auch in Krisensituationen, wie die Pandemie sie offen zutage gelegt hat, gewahrt bleiben. Es geht um unsere Zukunft.
- Personalmangel darf nicht zu Gruppenschließungen in stationären Wohneinrichtungen führen.
- Aktionsprogramme zur Linderung von Coronafolgen müssen auch auf die Belange stationärer Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe eingehen.

3. Partizipation und Beteiligung sind zentral – besonders in Krisenzeiten!

Kinder und Jugendliche haben Grundrechte, die durch die Kinder- und Jugendhilfe gefördert und verwirklicht werden müssen. In Krisenzeiten dürfen diese Grundrechte nicht einfach eingeschränkt werden, sondern gerade dann ist es wichtig, Partizipation zu ermöglichen.

Mit dem Beginn der Pandemie wurden auch die Treffen der Selbstvertretungen in Wohngruppen eingeschränkt bis hin zur Einstellung der Treffen. Es fehlte an einer motivierenden Unterstützung durch die Fachkräfte – etwa im Hinblick auf die Teilnahme an Treffen der Selbstvertretung –, das notwendige technische Equipment stand auch nicht zur Verfügung. Es muss ein öffentlich einsehbarer Plan in der Kinder- und Jugendhilfe vorliegen, wie junge Menschen in Wohngruppen und Einrichtungen in unterschiedlichen Gremien angehört und wie sie beteiligt werden.

Für die Partizipation und Beteiligung der jungen Menschen ist Aufklärung von besonderer Bedeutung. Die Politik hat ihre Informationspolitik ausschließlich auf die Erwachsenen ausgerichtet und uns junge Menschen auch hier „vergessen“.

Die Kinder- und Jugendhilfe wurde in die Einwicklung der Maßnahmen nicht wahrnehmbar einbezogen. So gab es keine Vertreter*innen aus der Kinder- und Jugendhilfe in der Expert*innenrunde der Bundesregierung. Die Politik hat überdies, wie auch viele Einrichtungen, über die jungen Menschen entschieden und hat sie nicht einbezogen. Kinder und Jugendliche haben auch eine Sichtweise und Erfahrungen, die sie gerne in die Maßnahmenfindung eingebracht hätten.

Wir fordern:

- unsere Rechte und unsere Beteiligung in allen wesentlichen uns betreffenden Fragen auch und gerade in Krisenzeiten abzusichern,
- die Selbstvertretung in der Kinder- und Jugendhilfe wie Jugendräte oder Heimräte in den Wohngruppen und auf Landes- und Bundesebene auch in der Pandemie abzusichern und zu unterstützen,
- Informationen, die für das Verhalten in der Krise wichtig sind, altersgerecht in allen relevanten Sprachen multimedial jederzeit zur Verfügung zu stellen,
- uns Kinder und Jugendliche in Expert*innenrunden einzubeziehen und uns als Expert*innen in eigener Sache zu hören und unsere Belange zu berücksichtigen.

4. Recht auf Bildung und digitale Teilhabe verwirklichen!

Die Pandemie hat die Lehrer*innen und Schüler*innen wie auch die pädagogischen Fachkräfte in den Wohngruppen völlig unvorbereitet getroffen. Kinder und Jugendliche, die in Wohngruppen leben, mussten sich mit vielen anderen jungen Menschen Lernmittel teilen, die nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung standen (wie Laptops etc.). Viele junge Menschen mussten ihre Smartphones für den Unterricht nutzen, die kleinen Bildschirme brachten weitere Erschwernisse mit sich. Das WLAN in den Einrichtungen war nicht in ausreichender Bandbreite vorhanden, sodass es massive Probleme gab, am Online-Unterricht teilzunehmen. Die Lernbegleitung im Homeschooling stellte alle vor große Herausforderungen, Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe waren besonders davon betroffen. Die Situation in den Wohngruppen hat dazu geführt, dass es für diese Kinder und Jugendliche wesentlich schwieriger war, gleichwertig am Online-Unterricht teilnehmen zu können, zumal sie keine bedarfsgerechte Begleitung erhielten. Dies führte zu grundlegenden Problemen beim Unterricht bis hin dazu, dass sich der Notendurchschnitt sehr oft deutlich verschlechtert hatte, Klassen sogar wiederholt werden mussten oder Abschlüsse nicht erreicht wurden.

Der Zugang zu (schulischer) Bildung muss für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden. Alle Kinder und Jugendlichen hatten mit der neuen Situation zu kämpfen. Aber jene, die in Wohngruppen leben, waren besonders betroffen, da sie keine Elternteile an ihrer Seite hatten und die Fachkräfte nicht alle begleiten konnten. Es hätte mehr Unterstützung beim Homeschooling durch Lehrkräfte der Schule und Betreuer*innen gebraucht, um das Recht auf bestmögliche Bildungschancen zu verwirklichen.

Wir fordern:

- In den Einrichtungen müssen technische Voraussetzungen geschaffen werden, um jungen Menschen Zugang zum Internet zu ermöglichen.
- Es müssen ausreichend Endgeräte mit entsprechender Software und stabile WLAN Zugänge zur Verfügung gestellt werden, um sowohl Bildungsangebote nutzen als auch soziale Kontakte pflegen zu können.
- Fachkräfte müssen regelmäßig Fortbildungen zu Medienkompetenz bekommen.
- Es müssen transparente, allgemeine sowie altersgemäße WLAN Regeln für alle Einrichtungen gelten. Regeln der Nutzung von digitalen Medien müssen gemeinsam verhandelt und regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Einschränkungen müssen begründet werden.

- Für Nachrichten im Netz gelten die gleichen Regeln zum Schutz der Privatsphäre wie für das Briefgeheimnis. Fachkräfte dürfen Chats und Mails nicht ohne unser Einverständnis lesen.
- Unsere Rechte auf Bildung und Privatsphäre sind in allen Situationen zu wahren, auch in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

5. Jugendämter müssen in Kontakt bleiben mit jungen Menschen

Die Strategie der Pandemiebekämpfung, die Kontakte zu reduzieren und nach Möglichkeit aus dem Homeoffice zu arbeiten, führte dazu, dass Jugendämter nicht mehr erreichbar waren. Die Mitarbeiter*innen waren über Wochen für unsere Fragen und Anliegen nicht erreichbar. Zum Teil ist das heute noch so.

Dies hatte auch Auswirkungen auf die Hilfeplangespräche. Diese wurden zum Teil ganz ausgesetzt oder auch um eineinhalb Jahre verschoben. Technische Lösungen wurden erst spät in der Pandemie gesucht, die aufgrund der schlechten technischen Ausstattung und Medienkompetenz der Mitarbeiter*innen auch erst nicht umgesetzt werden konnten.

Die Unsicherheit in den Einrichtungen im Umgang mit der Pandemie und den Maßnahmen hat dazu geführt, dass Regelungen festgelegt wurden, die unsere Rechte eingeschränkt haben. Diese Maßnahmen haben u.a. den Kontakt zu Eltern und Freund*innen pauschal eingeschränkt. Man durfte zu Beginn der Pandemie Freund*innen und Familien nicht besuchen oder in der Wohngruppe empfangen. Kinder und Jugendliche, die doch bei ihren Familien waren, durften nicht ohne Weiteres zurück in die Wohngruppe. Eine Beschwerdestelle außerhalb der Einrichtung oder Träger (Ombudstellen) wäre wichtig gewesen, um sich gegen diese Maßnahmen auch wehren zu können. Die Kontakte zu den Familien und Freund*innen müssen auch in der Pandemie ermöglicht und gepflegt werden. Es darf nicht passieren, dass die Rechte der Kinder, ihre Eltern zu sehen, einfach mit Maßnahmen gegen die Pandemie ausgehebelt werden.

Wir fordern:

- Auch in Krisenzeiten müssen die Mitarbeiter*innen in den Jugendämtern für uns erreichbar bleiben und das Jugendamt muss sicherstellen, dass der Kontakt trotz Homeoffice-Regelung bestehen bleibt.
- Hilfeplangespräche müssen auch in der Pandemie weiter stattfinden, um über Lebenswege und Erfahrungen beraten und in Kontakt bleiben oder von Belastungen berichten zu können.
- Auch in Pandemiezeiten müssen familiäre und soziale Kontakten beibehalten werden.

6. Junge Menschen in Wohngruppen besser gesellschaftlich wahrnehmen und ihre Leistungen anerkennen

Insgesamt gab es eine deutlich wahrgenommene Ungerechtigkeit bei jungen Menschen, die in Wohngruppen leben. Die Politik hat ihre Aufgabe, Maßnahmen nachvollziehbar zu halten, nicht eingehalten, sondern junge Menschen entmündigt und ihre Kompetenzen nicht anerkannt. Wir jungen Menschen müssen in die Politik eingebunden werden, damit wir auf Entwicklungen von Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie im Kontext von Kindheit und Jugend Einfluss nehmen können. Regelungen müssen altersgerecht und transparent vermittelt werden.

Hierbei ist zu beachten, dass alle Leistungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in allen Bereichen anzuerkennen sind. Kinder

und Jugendliche in Wohngruppen sind Kinder und Jugendliche und dürfen nicht auf den Lebensort „stationäre Einrichtung“ reduziert werden, gleichzeitig muss der besondere Kontext immer mit betrachtet werden. Wir haben die gleichen Rechte wie alle Kinder und Jugendlichen und müssen gleich gefördert werden.

Wir fordern:

- Das Leben in Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe ist anders als in Familien. Allen Beteiligten, den Fachkräften und den dort lebenden Kindern und Jugendlichen gebührt Anerkennung und Respekt für ihre geleistete Arbeit.
- Die personelle und technische Ausstattung in den Einrichtungen muss so sein, dass auch Krisensituationen bewältigt werden können, bei denen es häufigere Erkrankungen gibt und viele Bewohner*innen zeitgleich technische Geräte nutzen müssen.
- Wir dürfen nicht auf den Begriff „Heimkinder“ reduziert und müssen vorurteilsfrei betrachtet werden.

Das Positionspapier wurde am 20. Februar 2022 auf dem Bundesnetzwerkstreffen der Interessenvertretungen in der Kinder- und Jugendhilfe (BUNDI) verabschiedet.

Kontakte

Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen in der Kinder- und Jugendhilfe (BUNDI)

www.jvj-nrw.de/de/interessenvertretung-bundesweit

Landesheimrat Bayern

www.landesheimrat.bayern.de

Kinder- und Jugendhilfe Landesrat Brandenburg

<https://kjlir-brandenburg.de>

Landesheimrat Hessen

<https://landesheimrat-hessen.jimdofree.com>

Jugend vertritt Jugend aus Nordrhein-Westfalen

<https://www.jvj-nrw.de/de>

Landesjugendhilferat Rheinland-Pfalz

<https://ljhr-rlp.de>

Unterstützung

Dieses Positionspapier ist in Zusammenarbeit mit dem Forum Transfer. Innovative Plattform für die Kinder- und Jugendhilfe entstanden www.forum-transfer.de.